



International Common Law Court of Justice Vienna
governed by Natural Law and Human Rights,
International Law and Universal Jurisdiction
www.iccjv.international

ICCV-DEU-NRW-000-2017-1120-001-SWS

Amtsgericht Schöneberg
Grunewaldstraße 66-67
D - 10823 Berlin

Telefax: +49 030 90159 – 422

Ihr Zeichen: 75b AR 240/17

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Sajma Wittmann, Geboren am 07.02.1972 in Kavadarci (Mazedonien), hat uns bevollmächtigt Ihnen folgendes mitzuteilen:

Sie ist nicht bereit mit „Anonymen“ Personen, die mit offenkündige kriminelle Absichten handeln, zu kommunizieren. Sie besteht auf ihre Grundrechte, laut Grundgesetz und insbesondere, besteht Sie auf ein gesetzlicher Richter laut Art. 101 GG und auf rechtliches Gehör laut Art. 103 GG.

Des Weiteren besteht Sie auch laut Art. 97 GG auf ein unabhängiger Richter der/die dem Gesetz unterworfen ist. Er soll eindeutig unabhängig sein, aber nicht unabhängig von der Einhaltung klarer festgelegter gesetzlicher Regelungen.

Sie fordert auch, dass die rechtlich zwingenden Grundlagen für die eigenhändige Unterschrift eingehalten werden. Sie finden sich in den

VwVfG §§ 37, 44, 58 - BGB §§ 125, 126 - StPO §§ 275, 338 vgl. RGZ 159, 25, 26, BGH, Beschlüsse v. 14.07.1965 – VII ZB 6&65 = Vers.R 1965, 1075, v. 15.04.1970 – VIII ZB 1/70 = VersR 1970, 623, v. 08.06.1972 – III ZB 7/72 = VersR 1972, 975, Urt. v. 26.10.1972 – VII ZR 63/72 = VersR 1973, 87) - BGH, Beschl. v. 01.04.2010 – 3 StR 30/10 – BeckRS 2010, 10345.

KG Berlin, Beschl. v. 27.11.2013 – 3 Ws (B) 535/13 – 122 Ss 149/13 317 OWi 760/13

OLG Frankfurt 3. Strafsenat – 3 Ss 52/10

BAG, 18.05.2010 – 3 AZB 9/10

OLG Köln NStZ-RR 2011, 348, Kammergericht, Beschluss vom 16. September 2013 (3) 161 Ss 121/13 (82/13)“ u.w.

Sollte diese Gesetze und Regelungen, nicht eingehalten werden, so wird Frau Wittmann diese Angelegenheit an höhere Instanzen übergeben. Sie ist auch bereit sich von US-Anwälte vertreten zu lassen und die Täter dessen Komplizen und auch die Erfüllungsgehilfen, Dank frei wählbares Gerichtsstandes und dem aus dem Jahre 1789 stammende Gesetz: der ALIEN TORTS CLAIM ACT

International Common Law Court of Justice Vienna - International Hofstrasse 1, 8555 Müllheim, Schweiz
www.iccjv.international ICCJV-DEU-NRW-000-2017-1120-001-SWS All rights reserved



(28 U.S.C.) § 1350 bei US-amerikanische Gerichte Klage einzureichen.

Der US-amerikanische Alien Torts Claim Act (ATCA) von 1789 begründet die Zuständigkeit amerikanischer Gerichte in Zivilverfahren, in denen ein ausländischer Staatsangehöriger Schadensersatz für die Verletzung von Völkerrechtsnormen begehrt und die schadensverursachende Handlung außerhalb der USA vorgenommen wurde:

„The district courts shall have original jurisdiction of any civil action by an alien for a tort only, committed in violation of the law of nations or a treaty of the United States“.

Die Voraussetzungen für die Zuständigkeit amerikanische Gerichte sind erfüllt:

1. Der Kläger muss ausländischer Staatsangehöriger sein.
2. Der Beklagte muss im Ausland eine unerlaubte Handlung begangen haben, die ihm zurechenbar ist.
3. Die unerlaubte Handlung muss eine schwere Verletzung von Völkergewohnheitsrecht darstellen.

Da das Staatshaftungsgesetz vom „Bundesverfassungsgericht“ 1982 für nichtig erklärt wurden (Urteil des „Bundesverfassungsgerichtes“ vom 19. 10. 1982 (BVerfGE 61, 149)), haften alle „Richter, Staatsanwälte und Mitarbeiter“ der „BRD“ seitdem privat und persönlich vollumfänglich mit ihrer eigenen Freiheit und ihrem eigenen Vermögen.

Sie bietet Ihnen jedoch die Heilung an.

Im Hinblick auf zur Disposition stehenden Verfahren sind Sie hiermit aufgefordert via Versicherung an Eides Statt wie folgt zu versichern:

1. Eine schriftliche Bestätigung/Legitimation, daß es sich bei den im sog. richterlichen Geschäftsverteilungsplan (GVP) aufgelisteten Personen um die gesetzlichen Richter gemäß § 16 GVG in Verbindung mit Art. 101 Grundgesetz (GG) handelt.
2. Daß es sich bei dem angeschriebenen Gericht um ein „Staatsgericht“ handelt, da nach dem Wegfall des § 15 GVG in diesem Hinblick mindestens erhebliche Rechtsunsicherheit besteht.

Ferner, sind Sie hiermit aufgefordert:

3. Zusendung des aktuellen sog. richterlichen Geschäftsverteilungsplanes mit einer Kopie des Präsidialbeschlusses zum sogenannten richterlichen GVP incl. der Unterschriften.

Frau Wittmann fordert diese Nachweise nach Recht und Norm insbesondere als Teil des Souveräns nach Art. 20 (2) GG, IFG/LIFG, § 21e GVG und ganz besonders nach Art. 103 GG und die stehen Ihr zu. Bedenken Sie bitte auch, daß der/die Unterzeichner(in) nicht für die prekäre Lage der Legislative,



International Common Law Court of Justice Vienna
governed by Natural Law and Human Rights,
International Law and Universal Jurisdiction
www.iccjv.international

Judikative und Exekutive verantwortlich ist, sondern nur die ihr zustehenden Grundrechte einfordert.

Es dürfte sicher kein Problem sein, Frau Wittmann die geforderten Nachweise im Rahmen einer Versicherung an Eides statt - binnen 8 Tagen - zukommen zu lassen, wobei die §§ 156, 161, 159 StGB, die §§ 839, 823 BGB, [Art. 25 u. 34 GG] i. V. m. § 5 VStGB sowie der sogenannte Amtsermittlungsgrundsatz Ihrerseits zu bedenken/beachten sind."

Hochachtungsvoll

Köln, 20.11.2017

Chevalier: Willy G. ben Moussa

Chevalier willy ben moussa
Ritter des Ordens von Léopold II
Court Director ICCJV NRW
www.iccjv.international

Postfach 510546
[50941] Köln

Telefax: +49 221 9626 5583
Mobil: +49 152 5200 5225

Anlage

International Common Law Court of Justice Vienna - International Hofstrasse 1, 8555 Müllheim, Schweiz
www.iccjv.international ICCJV-DEU-NRW-000-2017-1120-001-SWS All rights reserved

Amtsgericht Schöneberg

10823 Berlin, Grunewaldstraße 66/67
Fernruf (Vermittlung) (030) 90 159 - 0, Intern: (9159)
Anzahlnummer: siehe (22)
Telefax: (030) 90 159 - 422
Neue und Frist-Sachen bitte auf 45.0000 Fax senden!
Postbank Berlin, Konto der Kosteneinzahlungsstelle 000
Justiz (KEJ), IBAN: DE26 1001 0010 0000 3521 00
BIC: PBNKDE33
Zusatz bei Verwendungszweck: 58 1 756 AR 240/17

Fahrtverbindungen
U-Bahn: Eismacherei Straße (U7)
U-Bahn: Bayerischer Platz (U4, U7)
Bus M46, 104
(Diese Angaben sind unverbindlich)

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Freitag, 9.00 bis 13.00 Uhr
(bzw. nach Vereinbarung)

Hinweis:
Die rollstuhlgerechten Eingänge sind über den Parkplatz in
der Gothaer Straße zu erreichen. Bitte dortige Mängel
benutzen, Sie werden unverzüglich abgeleitet.

Erstellt am: 10.10.2017

Frau
Sajma Wittmann
Zum Biesenwerder 15
12353 Berlin

Geschäftszeichen
75b AR 240/17

Im Zeichen

Gearbeitet

Tele
417

Fax
422

Datum
05.10.2017

Bitte dieses Schreiben und ein gültiges Personaldokument zum Termin mitbringen

Ladung zum Termin am

Datum	Uhrzeit	Block/Raum (z. B. Erdgeschoss)	Vermittlungsart
21.11.2017	10.00	1/101	Grunewaldstraße 66/67, 10823 Berlin

Sehr geehrte Frau Wittmann,

in Sachen

Wittmann / Wittmann

sollen Sie zu dem Scheidungsantrag Ihres Ehemannes und zum Versorgungsausgleich angehört werden.

Falls Sie von einem anderen Ort als dem in der beiliegenden Ladungsanschrift angegebenen kommen müssten, ist es notwendig, dies sofort mitzuteilen, damit entschieden werden kann ob Sie trotzdem kommen sollen.

Unterlassen Sie diese Mitteilung, können Sie auch bei einem für Sie günstigen Ausgang des Rechtsstreits nicht damit rechnen, dass Ihnen die Mehrkosten der Reise erstattet werden.

Erhalten Sie keine weitere Nachricht, verbleibt es bei dieser Ladung.

Sollten Sie dem Termin ohne hinreichende Entschuldigung fernbleiben, muss gegen Sie ein Ordnungsgeld festgesetzt werden. Außerdem haben Sie die durch Ihr Ausbleiben verursachten Kosten des Verfahrens zu tragen.

Mit freundlichen Grüßen
Auf Anordnung

Heidenreich
Justizobersekretärin

SENDEBERICHT

ZEIT : 20/11/2017 23:28
 NAME : ICCJV NRW DIRECTOR
 FAX : +49-221-9626-5583
 S-NR. : E73679J5F123525

DATUM/UHRZEIT
 FAX-NR./NAME
 Ü.-DAUER
 SEITE(N)
 ÜBERTR
 MODUS

20/11 23:26
 03090159422
 00:01:57
 04
 OK
 STANDARD
 ECM



International Common Law Court of Justice Vienna
 governed by Natural Law and Human Rights,
 International Law and Universal Jurisdiction
www.icciv.international

ICCV-DEU-NRW-000-2017-1120-001-SWS

Amtsgericht Schöneberg
 Grunewaldstraße 66-67
 D - 10823 Berlin

Telefax: +49 030 90159 – 422

Ihr Zeichen: 75b AR 240/17

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Sajma Wittmann, Geboren am 07.02.1972 in Kavadarci (Mazedonien), hat uns bevollmächtigt Ihnen folgendes mitzuteilen:

Sie ist nicht bereit mit „Anonymen“ Personen, die mit offenkündige kriminelle Absichten handeln, zu kommunizieren. Sie besteht auf ihre Grundrechte, laut Grundgesetz und insbesondere, besteht Sie auf ein gesetzlicher Richter laut Art. 101 GG und auf rechtliches Gehör laut Art. 103 GG.

Des Weiteren besteht Sie auch laut Art. 97 GG auf ein unabhängiger Richter der/die dem Gesetz unterworfen ist. Er soll eindeutig unabhängig sein, aber nicht unabhängig von der Einhaltung klarer festgelegter gesetzlicher Regelungen.

Sie fordert auch, dass die rechtlich zwingenden Grundlagen für die eigenhändige Unterschrift eingehalten werden. Sie finden sich in den

VwVfG §§ 37, 44, 58 - BGB §§ 125, 126 - StPO §§ 275, 338 vgl. RGZ 159, 25, 26, BGH, Beschlüsse v. 14.07.1965 – VII ZB 6&65 = Vers.R 1965, 1075, v. 15.04.1970 – VIII ZB 1/70 = VersR 1970, 623, v. 08.06.1972 – III ZB 7/72 = VersR 1972, 975, Urt. v. 26.10.1972 – VII ZR 63/72 = VersR 1973, 87) - BGH Beschl. v. 01.04.2010 - 33 O 333/10



ICCV-DEU-NRW-000-2017-1120-001-SWR

Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg
Hallesches Ufer 62
D - 10963 Berlin

Telefax: +49 30 90175 - 684

Ihr Zeichen: 164 F 2741/17

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Sajma Wittmann, Geboren am 07.02.1972 in Kavadarci (Mazedonien), hat uns bevollmächtigt Ihnen folgendes mitzuteilen:

Sie ist nicht bereit mit „Anonymen“ Personen, die mit offenkündige kriminelle Absichten handeln, zu kommunizieren. Sie besteht auf ihre Grundrechte, laut Grundgesetz und insbesondere, besteht Sie auf ein gesetzlicher Richter laut Art. 101 GG und auf rechtliches Gehör laut Art. 103 GG.

Des Weiteren besteht Sie auch laut Art. 97 GG auf ein unabhängiger Richter der/die dem Gesetz unterworfen ist. Er soll eindeutig unabhängig sein, aber nicht unabhängig von der Einhaltung klarer festgelegter gesetzlicher Regelungen.

Sie fordert auch, dass die rechtlich zwingenden Grundlagen für die eigenhändige Unterschrift eingehalten werden. Sie finden sich in den

VwVfG §§ 37, 44, 58 - BGB §§ 125, 126 - StPO §§ 275, 338 vgl. RGZ 159, 25, 26, BGH, Beschlüsse v. 14.07.1965 – VII ZB 6&65 = Vers.R 1965, 1075, v. 15.04.1970 – VIII ZB 1/70 = VersR 1970, 623, v. 08.06.1972 – III ZB 7/72 = VersR 1972, 975, Urt. v. 26.10.1972 – VII ZR 63/72 = VersR 1973, 87) - BGH, Beschl. v. 01.04.2010 – 3 StR 30/10 – BeckRS 2010, 10345.

KG Berlin, Beschl. v. 27.11.2013 – 3 Ws (B) 535/13 – 122 Ss 149/13 317 OWi 760/13

OLG Frankfurt 3. Strafsenat – 3 Ss 52/10

BAG, 18.05.2010 – 3 AZB 9/10

OLG Köln NStZ-RR 2011, 348, Kammergericht, Beschluss vom 16. September 2013 (3) 161 Ss 121/13 (82/13)“ u.w.

Sollte diese Gesetze und Regelungen, nicht eingehalten werden, so wird Frau Wittmann diese Angelegenheit an höhere Instanzen übergeben. Sie ist auch bereit sich von US-Anwälte vertreten zu lassen und die Täter dessen Komplizen und auch die Erfüllungsgehilfen, Dank frei wählbares Gerichtsstandes und dem aus dem Jahre 1789 stammende Gesetz: der ALIEN TORTS CLAIM ACT



(28 U.S.C.) § 1350 bei US-amerikanische Gerichte Klage einzureichen.

Der US-amerikanische Alien Torts Claim Act (ATCA) von 1789 begründet die Zuständigkeit amerikanischer Gerichte in Zivilverfahren, in denen ein ausländischer Staatsangehöriger Schadensersatz für die Verletzung von Völkerrechtsnormen begehrt und die schadensverursachende Handlung außerhalb der USA vorgenommen wurde:

„The district courts shall have original jurisdiction of any civil action by an alien for a tort only, committed in violation of the law of nations or a treaty of the United States“.

Die Voraussetzungen für die Zuständigkeit amerikanische Gerichte sind erfüllt:

1. Der Kläger muss ausländischer Staatsangehöriger sein.
2. Der Beklagte muss im Ausland eine unerlaubte Handlung begangen haben, die ihm zurechenbar ist.
3. Die unerlaubte Handlung muss eine schwere Verletzung von Völkergewohnheitsrecht darstellen.

Da das Staatshaftungsgesetz vom „Bundesverfassungsgericht“ 1982 für nichtig erklärt wurden (Urteil des „Bundesverfassungsgerichtes“ vom 19. 10. 1982 (BVerfGE 61, 149)), haften alle „Richter, Staatsanwälte und Mitarbeiter“ der „BRD“ seitdem privat und persönlich vollumfänglich mit ihrer eigenen Freiheit und ihrem eigenen Vermögen.

Sie bietet Ihnen jedoch die Heilung an.

Im Hinblick auf zur Disposition stehenden Verfahren sind Sie hiermit aufgefordert via Versicherung an Eides Statt wie folgt zu versichern:

1. Eine schriftliche Bestätigung/Legitimation, daß es sich bei den im sog. richterlichen Geschäftsverteilungsplan (GVP) aufgelisteten Personen um die gesetzlichen Richter gemäß § 16 GVG in Verbindung mit Art. 101 Grundgesetz (GG) handelt.
2. Daß es sich bei dem angeschriebenen Gericht um ein „Staatsgericht“ handelt, da nach dem Wegfall des § 15 GVG in diesem Hinblick mindestens erhebliche Rechtsunsicherheit besteht.

Ferner, sind Sie hiermit aufgefordert:

3. Zusendung des aktuellen sog. richterlichen Geschäftsverteilungsplanes mit einer Kopie des Präsidialbeschlusses zum sogenannten richterlichen GVP incl. der Unterschriften.

Frau Wittmann fordert diese Nachweise nach Recht und Norm insbesondere als Teil des Souveräns nach Art. 20 (2) GG, IFG/LIFG, § 21e GVG und ganz besonders nach Art. 103 GG und die stehen Ihr zu. Bedenken Sie bitte auch, daß der/die Unterzeichner(in) nicht für die prekäre Lage der Legislative,



International Common Law Court of Justice Vienna
governed by Natural Law and Human Rights,
International Law and Universal Jurisdiction
www.iccjv.international

Judikative und Exekutive verantwortlich ist, sondern nur die ihr zustehenden Grundrechte einfordert.

Es dürfte sicher kein Problem sein, Frau Wittmann die geforderten Nachweise im Rahmen einer Versicherung an Eides statt - binnen 8 Tagen - zukommen zu lassen, wobei die §§ 156, 161, 159 StGB, die §§ 839, 823 BGB, [Art. 25 u. 34 GG] i. V. m. § 5 VStGB sowie der sogenannte Amtsermittlungsgrundsatz Ihrerseits zu bedenken/beachten sind.“

Hochachtungsvoll

Köln, 20.11.2017

Chevalier : Willy G. : ben Moussa

Chevalier willy ben moussa
Ritter des Ordens von Léopold II
Court Director ICCJV NRW
www.iccjv.international

Postfach 510546
[50941] Köln

Telefax: +49 221 9626 5583
Mobil: +49 152 5200 5225

Anlage

International Common Law Court of Justice Vienna - International Hofstrasse 1, 8555 Müllheim, Schweiz
www.iccjv.international ICCJV-DEU-NRW-000-2017-1120-001-SWS All rights reserved

Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg
Abteilung für Familiensachen

Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg, Abt. 164, 10959 Berlin

Frau
Sajma Wittmann
Schillerstraße 48
10627 Berlin

10963 Berlin, Hallesches Ufer 62
Fernruf (Vermittlung): (030) 90175 - 0, Intern: (9175-0)
Apparatnummer: siehe (☎)
Telefax: (030) 90175 - 711
Postbank Berlin, Konto der Kosteneinziehungsstelle der
Justiz (KEJ), IBAN: DE20 1001 0010 0000 3521 08,
BIC: PBNKDEFF
Zusatz bei Verwendungszweck:
TKF 164 F 2741/17

Fahrverbindungen:
U-Bhf. Möckernbrücke (U1, U7)
S-Bhf. Anhalter Bahnhof (S1, S25)
Bus M29, M41
(Diese Angaben sind unverbindlich)

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Sprechzeiten:
Mo bis Fr: 9.00 bis 13.00 Uhr

Hinweis:
Im Gerichtsgebäude werden Einlasskontrollen
durchgeführt. Dies kann ggf. zu Wartezeiten führen.
Rechtsanwälte und Behördenvertreter werden
gebeten, den Anwalts- bzw. Dienstausweis bereit zu
halten.

Erstellt am: 07.11.2017

Geschäftszeichen
164 F 2741/17

Ihr Zeichen

Bearbeiter/in

Tel.
90175-561

Fax
684

Datum
30.10.2017

Sehr geehrte Frau Wittmann,

in der Familiensache

Wittmann ./ Wittmann

haben die ehemaligen Verfahrensbevollmächtigten die Festsetzung der aus anliegender Rechnung ersichtlichen Kosten gemäß § 11 des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes gegen Sie beantragt.

Sie können hierzu innerhalb von zwei Wochen Stellung nehmen, insbesondere etwaige Einwendungen gegenüber dem Antrag der ehemaligen Verfahrensbevollmächtigten vortragen. Wenn Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen, reichen Sie Ihre Äußerung bitte zweifach ein.

Nach Fristablauf wird über den Antrag entschieden werden. Soweit in der alsdann ergehenden Entscheidung Kosten gegen Sie festgesetzt werden und die Entscheidung rechtskräftig wird, können Sie Einwendungen gegen die Zahlungsverpflichtung, die Sie jetzt hätten geltend machen können, nicht mehr erheben.

Stundung und Ratenzahlung können nur die ehemaligen Verfahrensbevollmächtigten bewilligen.

Wenn Sie gegen das Festsetzungsgesuch keine Einwände haben, sind die Kosten an den Rechtsanwalt zu entrichten. Die Gerichtszahlstelle ist zur Entgegennahme dieser Beträge nicht befugt.

Mit freundlichen Grüßen

Maaß
Rechtspflegerin

Beglaubigt

Tretbar
Justizbeschäftigte

SENDEBERICHT

ZEIT : 20/11/2017 23:47
NAME : ICCJV NRW DIRECTOR
FAX : +49-221-9626-5583
S-NR. : E73679J5F123525

DATUM/UHRZEIT
FAX-NR./NAME
Ü.-DAUER
SEITE(N)
ÜBERTR
MODUS

20/11 23:45
03090175684
00:01:19
04
OK
STANDARD
ECM



International Common Law Court of Justice Vienna
governed by Natural Law and Human Rights,
International Law and Universal Jurisdiction
www.iccjv.international

ICCV-DEU-NRW-000-2017-1120-001-SWR

Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg
Hallesches Ufer 62
D - 10963 Berlin

Telefax: +49 30 90175 - 684

Ihr Zeichen: 164 F 2741/17

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Sajma Wittmann, Geboren am 07.02.1972 in Kavadarci (Mazedonien), hat uns bevollmächtigt Ihnen folgendes mitzuteilen:

Sie ist nicht bereit mit „Anonymen“ Personen, die mit offenkündige kriminelle Absichten handeln, zu kommunizieren. Sie besteht auf ihre Grundrechte, laut Grundgesetz und insbesondere, besteht Sie auf ein gesetzlicher Richter laut Art. 101 GG und auf rechtliches Gehör laut Art. 103 GG.

Des Weiteren besteht Sie auch laut Art. 97 GG auf ein unabhängiger Richter der/die dem Gesetz unterworfen ist. Er soll eindeutig unabhängig sein, aber nicht unabhängig von der Einhaltung klarer festgelegter gesetzlicher Regelungen.

Sie fordert auch, dass die rechtlich zwingenden Grundlagen für die eigenhändige Unterschrift eingehalten werden. Sie finden sich in den

VwVfG §§ 37, 44, 58 - BGB §§ 125, 126 - StPO §§ 275, 338 vgl. RGZ 159, 25, 26, BGH, Beschlüsse v. 14.07.1965 - VII ZB 6&65 = Vers.R 1965, 1075, v. 15.04.1970 - VIII ZB 1/70 = VersR 1970, 623, v. 08.06.1972 - III ZB 7/72 = VersR 1972, 975, Urt. v. 26.10.1972 - VII ZR 63/72 = VersR 1973, 87) -